

SPANDAUER SUMSCHAU

DIE LINKE.

in Berlin Spandau



Ausgabe im November 2010



Erich Meier wäre am 16. Dezember 2010
100 Jahre alt geworden.

Fotos oben links und unten rechts
entnommen dem Buch
„Erich Meier und seine Zeit“
von Wilhelm Döbbelin.

Die Erich-Meier-Strasse in Berlin Staaken
wurde 1990 umbenannt in Staakener
Feldstraße.



Erich Meier wäre am 16. Dezember 100 geworden 2
Linksjugend [solid] in Spandau 5
Vorläufige Haushaltswirtschaft für Spandau . 5
Von Hartz-IV zu Ursel 1: Verhöhnung für eine Handvoll Euros mehr 7
Unser Sparpaket 8
Wirtschaftsnobelpreis für Hartz-IV 9
Gedenkveranstaltung anlässlich der Pogrome vom 9. und 10. 11. 1938 9
Der Rassismus des Sarazenen 10
Termine: 12
Weihnachts- und Neujahrsgrüsse 12

Impressum

Herausgeber: **Die LINKE.**
 Bezirksvorstand Berlin-Spandau

Judenstraße 46
 in 13597 Berlin (Altstadt Spandau)
 Tel. 36 43 74 71 – Fax 36 43 74 72
 www.die-linke-spandau.de
 eMail: bezirk@die-linke-spandau.de

V.i.S.d.P.: **Monika Merk**
 Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 13. November 2010

Druck: **Auflage: 3.000**

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Erich Meier wäre am 16. Dezember 100 geworden

Erich Meier-einer der ersten Opfer des NS-Terrors im Jahr der „Machtergreifung“ 1933
 Am 16. Dezember 2010 wäre der Spandauer Antifaschist Erich Meier hundert Jahre alt geworden.
 In Staaken war eine Straße nach ihm benannt, die der bilderstürmerischen Wendezeit zum Opfer fiel.



Erich-Meier-Straße stand auf dem Schild und darunter die Worte: Ermordet in Spandau 1933.
 Wer war Erich Meier, und was verbirgt sich hinter dem nicht ganz authentischen Hinweis „ermordet in Spandau 1933“?
 Erich Meier wurde am 16. Dezember 1910 als der Jüngste von vier Geschwistern in der Kurzen Straße in Spandau geboren. Eingeschult in eine der üblichen Volksschulen, besuchte er ab 1912 eine der beiden Spandauer Freien Schulen, an denen überwiegend junge, der SPD nahe stehende Lehrer auf eine unkonventionelle Weise einen lebensnahen Unterricht erteilten. Herausragendes Merkmal dieses vor allem in den Arbeitervierteln Berlins verbreiteten Schultyps: Gemischte Klassen und Fremdsprachenunterricht. Nach dem Abschluss der ersten (achten) Klasse und einer Lehre als Werkzeugmacher wurde der siebzehnjährige Arbeitslose auf eine Anregung seines ehemaligen Klassenlehrers, Karl Schall, hin Mitglied der sozialdemokratischen Jugendorganisation (SAJ). Aufgrund seiner mitreißenden Führungsqualitäten („alle schworen auf ihn, er war ein Magnet“ - Maxim Vallentin) avancierte er schnell zum Vorsitzenden der Spandauer SAJ-Gruppe und wurde bald einer der einflussreichsten SAJ-Funktionäre des Werbebezirks West von Großberlin. Im Zuge der sich immer mehr zuspitzenden Weltwirtschaftskrise und des damit verbundenen Anwachsens der braunen Gefahr, gerieten viele SAJ-ler vor allem in Berlin immer mehr in Opposition zu ihrer sozialdemokratischen Führung. Letztere wollten im Gegensatz zu den Jungsozialisten (zu denen auch der damals nicht minder radikale Willy Brandt gehörte) die Welt nicht grundlegend verändern, sondern das so schwer Errungene (Demokratie und Rechtsstaatlichkeit) unter allen Umständen erhalten. Für Erich Meier und 22 weitere Mitglieder seiner Gruppe führte dieser Konflikt im Juli 1931 zum Übertritt zu dem den ungeduldigen jungen Leuten kämpferischer erscheinenden kommunistischen Jugendverband KJVD. Erich Meier hielt auch nach seinem Übertritt zum KJVD die Verbindung zu seinen früheren politischen Freunden aufrecht und entwickelte sich aufgrund seines überparteilichen Wirkens und nie ermüdender Aktivitäten zur Integrationsfigur des antifaschistischen Teils der Jugend

im Raum Spandau und Umgebung schlechthin. Auf nahezu allen politischen Großveranstaltungen in der Region war er präsent, stimmten seine eindringlichen Appelle manchen Mitläufer der Nazis nachdenklich. Auf SPD-Veranstaltungen suchte er entgegen dem offiziellen Kurs der KPD die Gemeinsamkeit mit SPD-Politikern wie Ernst Heilmann oder Karl Litke, stieß dabei aber oft wegen des Misstrauens, das zwischen den beiden Linksparteien herrschte, auf wenig Gegenliebe; überhaupt nicht zu vergleichen allerdings mit dem, was sich auf Naziversammlungen abspielte, wenn dort die „Meinungen“ aufeinanderprallten: Auf einer NS-Versammlung im Spandauer Lokal „Pferdehimmel“ sollte Goebbels persönlich sprechen. Er reiste auch wirklich an, mit 15 Minuten Verspätung.



Es sollte ein Zusammenstoß mit der „Kommune“ vorgegaukelt werden. Ein Mann aus Goebbels' Begleitung trug deshalb einen dicken Kopfverband, einer der vielen Tricks, mit denen der findige Demagoge seine Auftritte zu würzen pflegte. Als Goebbels anhub zu reden, in seiner salbungsvollen Art, attackierte Erich Meier ihn mit einem Zwischenruf. Ein ohrenbetäubender Lärm brach los, ein Riesentumult, der keinen Raum mehr ließ für Beifallsstürme und „gesundes Volksempfinden“. Es war gelungen, den Saal bis gut zur Hälfte mit Nazigegegnern zu besetzen. Ob Goebbels wirklich, wie vielfach behauptet, in letzter Minute durch ein Toilettenfenster entwichen ist, sei dahingestellt. Auf jeden Fall musste er an diesem Abend seine Phrasen für sich behalten. Erich Meier und seine Mitstreiter setzten sich aber nicht nur mit der extremen Rechten auseinander, sondern mischten sich, wie andere linke Jugendgruppen auch, in soziale Konflikte ein, um zum Beispiel bei Pfändungen oder Exmittierungen das Schlimmste zu verhüten, oder stellten sich schützend vor um ihre Rechte kämpfende Lehrlinge und Jungarbeiter. Kein Wunder also, dass Erich Meier nach dem 30. Januar 1933, dem

Tag der sogenannten „Machtergreifung“, zu den im Raum Falkensee von den Nazis meistgehassten und am fieberhaftesten gesuchten Nazigegegnern gehörte. Seine Flucht ins Ausland war daher beschlossene Sache, doch Erich, sonst so entschlossfreudig, zögerte. Vielleicht erlag auch er dem damals weit verbreiteten Irrtum: „Es wird schon nicht so schlimm werden“.

Schon vor Hitlers „Machtergreifung“, seit Mitte Januar, lebte er ohne festen Wohnsitz, verbarg er sich mal bei diesem Bekannten, mal bei jenem Freund, nirgends länger verweilend, immer auf der Flucht. So war es auch an jenem 10. März 1933. An diesem Tag hatte der Bruder eines Freundes, Martin Huhn, der mit seiner kleinen Familie ein Häuschen in der Laubenkolonie

„Gute Hoffnung“ an der Spekte bewohnte, eingewilligt, ihn für eine Nacht bei sich aufzunehmen. Was Erich Meier nicht wusste: Es war seinen Verfolgern gelungen, sein Versteck



ausfindig zu machen, eine Beschattung seiner Freundin Gerda Lindemann hatte sie auf die richtige Spur gebracht.

Bei der Familie Huhn sagt man sich an diesem Abend zwischen 21 und 21:30 Uhr gute Nacht. Für Stunden ereignet sich nichts, bleibt alles ruhig. Doch der Schein trügt: Gegen 3:10 Uhr donnern schwere Schläge gegen die Tür der von einem Riesenaufgebot von SA umgestellten Laube, und ehe Martin Huhn sich's versieht, haben die von draußen schon die Tür eingetreten und dringen, 25 Mann hoch, in das Innere der Laube ein. Mit vorgehaltenen Pistolen zwingen sie den Hausherrn, kein Licht zu machen, keinen Laut von sich zu geben und sich auf das Sofa zu verfügen, neben seine Frau und das Kind. Jemand ruft: „Da ist ja Meier!“ Mit Gummknüppeln fallen sie über den Wehrlosen her. Ein eisernes Gasrohr blitzt auf, saust auf den Kopf von Erich Meier nieder. Erichs Stimme ist zu vernehmen: „Macht das draußen mit mir ab. Die Leute hier haben ein kleines Kind und können nichts dafür.“ In fieberhafter Eile kleidet er sich an und wird daran gehindert, Schuhe

und Strümpfe anzuziehen: „Du kannst barfuß gehen.“ Vor den Augen entsetzter Nachbarn wird der „in Haft genommene“ Erich in ein bereitstehendes Fahrzeug geprügelt, in die SA-Kaserne „Ernst Drechsel“ gebracht und in der an das Lokal grenzenden Waschküche auf das Schwerste misshandelt.

Am Morgen des 11. März gegen 4 Uhr sieht der Feldhüter des Gutes Karolinenhöhe, Otto Borchert, einen Personenwagen aus der Wilhelmstraße kommen und den Abhang nach Seeburg hinunterfahren. Der Wagen hält kurz und fährt dann nach Spandau zurück. Minuten später fallen zunächst zwei, dann noch einmal acht, neun Schüsse. Sofort verlässt Otto B. den Hof und trifft auf der Straße auf drei uniformierte Männer, die auf seinen Anruf hin mit „hier Polizei!“ reagieren. Da die Drei sehr aufgeregt sind und den Eindruck erwecken, als würden sie vor nichts zurückschrecken, hält er es für ratsam, sie nicht weiter zu behelligen. Kurze Zeit danach gesellen sich der Techniker Engelmann und der Flurschutzbevollmächtigte Kramer zu Otto Borchert. Alle Drei, unter Zuhilfenahme von zwei Hunden, suchen nun gemeinsam die Gegend ab, ohne etwas Verdächtiges zu bemerken. Gegen sechs Uhr, es ist inzwischen hell geworden, tastet Otto Borchert das Gelände noch einmal mit dem Feldstecher ab und entdeckt schließlich einen seiner Schätzung nach 25 Jahre alten und ca. 1,70 m großen Mann, der, etwa 500 Meter von der Asphaltstraße entfernt, mit dem Gesicht nach unten auf dem Acker liegt. Auffallend ist, dass er weder Schuhe noch Strümpfe trägt und dass der Körper des Toten neben sieben Rücken- und drei Kopfschüssen noch weitere furchtbare Verletzungen aufweist.

Gegen 6.30 Uhr wird der Oberlandjäger Reckstadt vom Feldhüter Borchert von dem „schrecklichen Fund“ in Kenntnis gesetzt. Dieser unterrichtet sofort seine vorgesetzte Dienststelle, und gegen 10.00 Uhr trifft die Mordkommission am Tatort ein.

Der Mord an Erich Meier wurde von einer Mordkommission der Kripo unter der Leitung von Hauptkommissar Quöß pro forma untersucht. Doch weder die Geschwister Erich Meiers noch seine Freundin Gerda Lindemann, weder die Familie Huhn noch die Nachbarn aus der Laubenkolonie, weder Otto Borchert noch seine beiden

Kollegen vom Nachbargut nannten bezüglich in Frage kommender Täter irgendeinen Anhaltspunkt. Die Täter selbst dagegen waren weniger zurückhaltend, rühmten sich ihrer Untat in aller Öffentlichkeit, sodass Hauptkommissar Quöß sie wohl oder übel vorladen musste. Natürlich schworen alle Stein und Bein, mit der Mordsache nicht das Geringste zu tun zu haben, Grund genug für Quöß, die Ermittlungen schon nach wenigen Wochen einzustellen. Die von ihm angelegte Akte schließt mit dem Satz: „Unter den vorliegenden Umständen wird von der Vornahme weiterer Ermittlungen Abstand genommen, zumal damit zu rechnen ist, dass die Tat unter das zu erwartende Amnestiegesetz fällt.“ Erich Meier war tot. Die Nazis hatten sich ihres verhassten Gegners zwar entledigt, waren ihn aber nicht losgeworden, denn die Mitglieder seiner Gruppe gaben ihre Aktivitäten nach der Ermordung ihres Vorsitzenden keineswegs auf. Hunderte von Bildern von Erich Meier in Postkartengröße wurden abgezogen und an Gesinnungsfreunde verteilt. Noch während gegen die Mörder ermittelt wurde, tauchten überall in Spandau Flugblätter auf mit den Namen der Hauptschuldigen, und als sich die Mordnacht zum ersten Mal jährte, legten vier besonders mutige Mitstreiter einen Kranz nieder, dessen Schleife auf der einen Seite eine Widmung enthielt und auf der anderen Seite die Mörder nannte. Diese eher spontane Art des Gedenkens entwickelte sich zu einer festen Tradition, die Berliner Widerstandskämpfer noch mehrere Jahre lebendig hielten. Nach 1945 lebte das Bemühen, Erich Meiers zu gedenken, wieder auf und hält bis zum heutigen Tage unvermindert an. (So wird zum Beispiel zum Gedenken an und zu Ehren von Erich Meier anlässlich seines 100. Geburtstages am 16. Dezember 1910 vor seinem Elternhaus in der Kurzen Straße 1 ein Stolperstein verlegt)

Nachtrag:

Im September 1951 mussten sich zwei ehemalige Angehörige der Spandauer SA, der Obersturmführer St. und der Hauptsturmführer H., vor der 10. Strafkammer des Landgerichts Moabit wegen „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ (so lautete die Anklage) verantworten. Eine erdrückende Anzahl von Zeugen schilderte drei Tage lang Gräueltaten, die Spandauer

SA-Leute unter der aktiven und führenden Teilnahme der beiden Angeklagten - die Zeugen kamen immer wieder auf sie zurück - in der SA-Kaserne Drechsel, im Rathaus und auf offener Straße begangen hatten. Auch auf die Ermordung Erich Meiers wurde ausführlich eingegangen, und wichtige Zeugen wurden nochmals gründlich befragt.

Am 15. 9. 1951 meldete das „Spandauer Volksblatt“, das den Prozess kommentierend begleitet hatte, auf Seite 3: „Keine Sühne für die Verbrechen“. Dann folgte die Bekanntgabe des Strafmaßes: Sechseinhalb Jahre für St., ein Jahr Gefängnis für H. Eine wegen eines Formfehlers zwei Jahre später durchgeführte Neuverhandlung ergab für St. eine wesentlich niedrigere Strafe und für H. einen Freispruch.

Quellen:

Brandenburgisches Hauptarchiv, Akte I Pol.1090

Landesarchiv Berlin, Apr.Rr.Rep.030, Nr.2411

Literatur:

Oliver C.Gliech: Die Spandauer SA 1926 bis 1933, in: Berlin

– Forschungen III, Berlin 1988

Hans Rainer Sandvoß: Widerstand in Spandau, Berlin 1988

Wilhelm Döbbelin (Gastautor und Verfasser des Buches „Erich Meier und seine Zeit“)

Linksjugend [,solid] in Spandau

Im Jahr 2010 sieht die Zukunft für viele Jugendliche wenig hoffnungsvoll aus. Quälende Unsicherheit und Angst vor dem sozialen Absturz prägen ihr Dasein. Ob in Schulen, Universitäten oder Ausbildungsplätzen- der Druck wird immer größer. Zu viele fühlen sich allein gelassen in einer Lage, die ihnen ausweglos erscheint. Doch in Zeiten eines entfesselten Kapitalismus, der in der absoluten Ausbeutung des Menschen gipfelt, wird der Druck auf die Allermeisten, egal ob jung oder alt, unerträglich. Die für viele Menschen zur Gewissheit gewordene, vermeintliche Einsicht, an ihrer Lage nichts ändern zu können, fügt sich nahtlos in die Liste der unheilvollen Zutaten ein, aus denen gefährliche, z.B. rechtsradikale, Kräfte ihr Potenzial schöpfen.

Wir, als neu gegründete Linksjugend Spandau, wollen diesen Teufelskreis aus Druck, Frustration und Hilflosigkeit aufsprengen. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir durch selbstbestimmte Aktionen, Kreativität

und Durchhaltevermögen diese Gesellschaft zum Guten verändern können.

Wir sagen Passivität, Ausbeutung und Rassismus den Kampf an und wollen unsere Kräfte mit denen anderer junger Menschen vereinen, um einen politischen Weg aus diesen unhaltbaren Zuständen zu finden, weil wir wissen, dass eine andere Gesellschaft jenseits von Verwertungszwang, Ausbeutung, Krieg und Zerstörung von Natur und Menschen, möglich ist.

Dafür brauchen wir die Hilfe junger, engagierte Menschen, die uns auf diesem Weg begleiten wollen: Es geht um nicht viel weniger als eine völlig andere Gesellschaft, die auf gegenseitiger Unterstützung und Solidarität, Frieden und sozialer Gerechtigkeit, statt auf zermürbender Konkurrenz und Feindlichkeit, aufbaut. Wir streben eine Gesellschaft an, in der oberstes Ziel die Bedarfsdeckung und Teilhabe jedes Einzelnen an allen gesellschaftlichen und politischen Belangen ist, und nicht die Bereicherung weniger Profiteure auf Kosten der Allgemeinheit.

Wenn auch DU mit den bestehenden Strukturen nicht einverstanden bist und für eine bessere Gesellschaft eintreten willst, überwinde Deine Zweifel, sammle Deinen Mut und schließe Dich uns an:

Es gibt eine Welt zu gewinnen!

Wir treffen uns jeden ersten und dritten Sonntag im Monat um 11:30 Uhr im roten Laden „Salvador Allende“ in der Judenstraße 46 (U-Altstadt Spandau).



Solid Spandau

Vorläufige Haushaltswirtschaft für Spandau

Der Haushaltsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses hat für den Bezirk Spandau die „Vorläufige Haushaltswirtschaft“ verhängt. Damit greift der Haushaltsausschuss direkt in die Finanzangelegenheiten unseres Bezirkes ein.

Dieses Instrument der Haushaltsführung bedeutet neben der für alle Bezirke bereits bestehenden Haushaltsperre die Aufhebung der finanziellen Souveränität.

Hier wird von Seiten des Abgeordnetenhauses versucht, das Spandauer Defizit in Höhe von fast 12 Mio. Euro „in den Griff“ zu bekommen. Spandau steht mit seinen Schulden nicht allein da. Das zeigen die finanziellen Gegebenheiten von Mahlzahn-Hellersdorf und vor allem die von Charlottenburg-Wilmersdorf, das für den Haushalt 2011 nicht mehr über seine Ausgaben allein entscheiden kann. Der Bezirk muss seine Ausgaben zukünftig durch den Finanzsenator, Herrn Nußbaum, genehmigen lassen. Nun wird in Spandau von Seiten der Zählgemeinschaft aus CDU, FDP und Panther versucht, den Eindruck zu erwecken, dass die angeblich „zu großzügige Gewährung“ der Hilfen zur Erziehung seitens des Spandauer Jugendamts die Ursachen der Spandauer Finanzmisere sei.

Die Spandauer Christdemokraten und ihre Satelliten blenden bewußt gern aus, dass es sich hierbei um keine Geschenke sondern um Hilfen für bedürftige Familien handelt, auf die die Betroffenen einen Rechtsanspruch haben. Das Spandauer Jugendamt muss diesem Rechtsanspruch nachkommen.

In den letzten Jahren sind die Kriterien für die Gewährung der Hilfen auch in Spandau verschärft worden. Das hat dazu geführt, dass viele, eigentlich als bedürftig zu charakterisierende Familien, aus der Hilfe hinausgedrängt wurden und sich ihre soziale Lage dadurch weiter verschärft hat.

Derzeit versucht die Spandauer CDU mit voller Unterstützung ihres publizistischen Sprachrohrs, dem „Spandauer Volksblatt“, eine Legende aufzubauen, wonach die Schuld an der bezirklichen finanziellen Situation allein in den von der SPD verwalteten Ressorts begründet sei.

Abgesehen von sicherlich auch eigenem Fehlverhalten der Kommunalverantwortlichen lässt sich feststellen, dass die seit Kanzler Schröder im großen Stil und offen betriebene Umverteilung des gesellschaftlich

erarbeiteten Reichtums zu Gunsten der Reichen in unserem Land für die finanzielle Misere der Kommunen verantwortlich zeichnet. Somit ist die CDU-Kampagne eine gezielte Ablenkung von den eigentlichen Ursachen, die sich in den Kommunen nur widerspiegeln. Die jetzige CDU/FDP-Bundesregierung verschärft die Krise der Kommunen mit ihren Steuergeschenken an den kleinen wohlhabenden Teil der Bevölkerung, an die Banken und Hotels, wodurch die Kommunen über noch weniger Geldmittel verfügen können

Andererseits erwächst durch die immer mehr um sich greifende Armut in unserem Land eine immer größer werdende Zahl von Anspruchsberechtigten auf soziale Transferleistungen, die von den Kommunen finanziell zu verkraften sind. Ginge es nach der Klientelpartei schlechthin, der FDP, würden die Steuergeschenke noch mehr sprudeln und die Quelle der finanziellen Ausstattung der Kommunen, nahezu versiegen. In unserer letzten Ausgabe der „Spandauer Umschau“ haben wir einen Beitrag aus der „Berliner Zeitung“ veröffentlicht, der auf die



Karlheinz Zesch,
Verordneter der Partei **DIE LINKE.**
in der BVV Spandau

katastrophale finanzielle Situation der Kommunen einget. Dort wird berichtet, dass allein aufgrund der von den Bundesregierungen in den letzten zehn Jahren betriebenen Wirtschafts- und Steuerpolitik, den Kommunen rund 30 Milliarden Euro entzogen wurden. Es wird jeder einsehen, dass das Ausbleiben von Einnahmen in einer derartigen Höhe für die Gemeinwesen nicht folgenlos bleiben kann.

Die Finanzstadträtin von Spandau, Frau Kleineidam (SPD), ist trotz des Finanzlochs in Höhe von 9 Mio. optimistisch, dass der Bezirk nicht unter die Zwangsverwaltung des Senats kommt. Die Informationspolitik der Stadträtin ist jedoch zu kritisieren. Sie findet es anscheinend dringlicher, sich erst der Presse anzuvertrauen als zuvor die BVV zu unterrichten.

Karl-Heinz Zesch,
BVV-Verordneter der Partei DIE LINKE

Von Hartz-IV zu Ursel 1: Verhöhnung für eine Handvoll Euros mehr

Die Neuberechnung und „Erhöhung“ des Regelsatzes ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht für alle Hartz-IV Empfänger, sondern zeigt auch ganz deutlich die Arroganz der derzeitigen ReGIERung... Sie setzt sich schlicht über das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Februar dieses Jahres hinweg! Dort wurde eine transparente Neuberechnung der tatsächlich notwendigen Lebenshaltungskosten verlangt. Wie wird das nun umgesetzt?

Die Bundesregierung beruft sich bei der Neuberechnung der Hartz-IV-Sätze auf das Statistische Bundesamt - und findet, dass einem Hartz-IV-Empfänger kein Haustier, keine Schnittblumen und auch keine Zimmerpflanzen zustehen. Das Arbeitsministerium hat in seinem Gesetzentwurf im Detail dargelegt, welche Ausgaben Geringverdiener-haushalte im Jahr 2008 laut einer Stichprobe des Statistischen Bundesamtes hatten. Bei genauerer Betrachtung stellt sich aber heraus, daß auch hier Empfänger von Transferleistungen enthalten sind bzw. Kleinrentner, die teilweise schon unterhalb des Existenzminimums leben. Daraus ist eine wahrlich abenteuerliche „Neuberechnung“ entstanden. Neu hinzugerechnet zum Existenzminimum für Erwachsene werden Kosten für das Internet und die Praxisgebühr. Im geplanten Regelsatz von 364 Euro für die Lebenshaltungskosten eines Monats sind aber nicht die tatsächlichen Kosten berücksichtigt, sondern die durchschnittlichen Kosten aller Geringverdienerhaushalte - ob sie einen Internetzugang besitzen oder nicht.

Für einen Geringverdienerhaushalt, der das Internet nutzt, hat das Statistische Bundesamt monatliche Ausgaben von gut 14 Euro ermittelt. Da aber die wenigsten im Internet surfen, ergeben sich im Durchschnitt aller Geringverdienerhaushalte 2,28 Euro. Dass davon kein Internetanschluss zu finanzieren ist, weiß



auch die Regierung. Daß zur Zeit günstigste Angebot habe ich für 19,99 € entdeckt... .

Für die Praxisgebühr sind 2,64 Euro im Monat im Regelsatz enthalten, oder 31,68 pro Jahr. Wer jetzt einmal im Quartal zum Hausarzt und einmal im Jahr zum Zahnarzt geht, zahlt aber 50,-€ Praxisgebühr.

Alleine diese beiden Positionen summieren sich auf einen monatlichen Fehlbedarf von rund 18-€.



Das Statistische Bundesamt hat weiterhin per Stichprobe im Jahr 2008 ermittelt, dass Geringverdiener monatlich im Durchschnitt 8,11 Euro für alkoholische Getränke ausgeben. Davon entfielen - so die Gesetzesbegründung - „rechnerisch 11,35 Prozent auf Spirituosen, die nach der allgemeinen Lebenserfahrung nicht dem Zweck der Flüssigkeitsaufnahme dienen“. Es blieben also von den 8,11 Euro noch 7,19 Euro. Dafür ließen sich „etwa zwölf Liter preiswertes Bier kaufen“ Auf diese Weise kommt das Ministerium zu dem Schluss, dass Hartz-IV-Bezieher diese Menge durch alkoholfreie Getränke ersetzen müssten.

Das Geld für Futter für Haustiere, Schnittblumen und Zimmerpflanzen oder den Lotto-Einsatz müssen Hartz-IV-Empfänger an anderer Stelle einsparen - diese Ausgaben zählen ebenso wenig zum Existenzminimum wie Kosten einer chemischen Reinigung. Von den durchschnittlich 1,81 Euro, die ein Geringverdienerhaushalt im Monat für Schmuck und Uhren ausgibt, werden nur 59 Cent für Armbanduhren, Wecker und Batteriewechsel zum Existenzminimum gezählt.

Es werden also wieder, obwohl genau das im Urteil des BVerfG ausdrücklich gerügt wurde, völlig unverständliche Abschläge gemacht.

Auch bei den Kinderregelsätzen wurde gegen die Auflagen, einen bedarfsgerechten Betrag zu ermitteln verstoßen, es wurden einfach wieder nur prozentuale Sätze erfunden, die mir die Haare zu Berge stehen lassen.

Das hat nichts, aber auch gar nichts mit einem kindgerechten Bedarf zu tun.

Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres (in Klammern: Kinder zwischen sieben und 14 Jahren/ zwischen 15 und 18 Jahren):

Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke: 78,67 Euro (96,55/124,02 €)

Frau von der Leyen wird sicher erläutern können, wie man einem 14-jährigen Kind klar macht, daß es z.B. mit einer Abendbrotstulle weniger als das 15-jährige Geschwisterkind satt zu sein hat.

Bekleidung und Schuhe: 31,18 € (33,32/37,21 €)

Wie unrealistisch das ist, braucht wohl nicht näher erläutert zu werden.

Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung: 7,04 € (11,07/15,34 €)

Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände: 13,64 € (11,77/14,72 €)

Gesundheitspflege: 6,09 € (4,95/6,56 €)

Legt man einen Preis von 17ct pro Windel zugrunde, lassen sich 35 Windeln im Monat finanzieren. . . für die restliche Säuglingspflege ist dann bereits kein Geld mehr da, auch das spricht für sich.

Verkehr: 11,79 € (14,00/12,62 €)

Nachrichtenübermittlung: 15,75 € (15,35/15,79 €)

Freizeit, Unterhaltung, Kultur: 35,93 € (41,33/31,41 €)

Bildung: 0,98 € (1,16/0,29 €)

Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen: 1,44 € (3,51/4,78 €)

andere Waren und Dienstleistungen: 9,18 € (7,31/10,88 €)

Wir stellen also fest, ein Säugling kann sich eine Currywurst im Monat und einen Theaterbesuch leisten, muss aber pro Tag mit einer Windel auskommen, Sonntags auch mal zwei.

Bedarfsgerecht? Transparent?

Wieder wurde hier ein politisch gewollter Betrag vorgegeben und solange „rumgerechnet“, bis es passte. Nun besteht ja noch die Möglichkeit, dass der Gesetzesentwurf so nicht den Bundesrat passiert. . .

Falls aber doch, ist der nächste Gang nach Karlsruhe wohl vorprogrammiert!

Auch Hartz-IV Empfänger sollen künftig die volle Gebühr von 28,80 € für den neuen elektronischen Personalausweis zahlen. Die bisher bestehende Möglichkeit, wegen Bedürftigkeit von der Gebühr befreit zu werden, solle für Hartz-IV-Empfänger ab 1. Januar 2011 entfallen, berichtet die „Leipziger Volkszeitung“. Hintergrund sei die zum Jahreswechsel geplante Anhebung der Hartz-IV-Sätze.

In den fünf Euro, die es mehr geben soll, seien dann auch 0,25 € pro Monat für den Personalausweis mit eingerechnet. Nach der Neuregelung gebe es daher keinen Grund mehr, Hartz-IV-Empfänger pauschal von der Gebühr auszunehmen, sagten Sprecher des Bundesinnenministeriums und des sächsischen Innenministeriums. „Mit der Erhöhung ist das abgegolten“, zitiert die Zeitung einen Sprecher des Innenministeriums in Dresden. Bisher wurde Hartz-IV-Empfängern die Gebühr in der Regel wegen Bedürftigkeit erlassen. Für den alten Personalausweis waren bis Ende Oktober acht Euro fällig.

B. S.

Unser Sparpaket

Das sogenannte Sparpaket, das ja fast ausschließlich bei Erwerbslosen weiter plündert, wird voraussichtlich im November auf den Weg gebracht. Es haben sich



viele Bündnisse gefunden, die massiven Widerstand ankündigen. DieLinke.Spandau beteiligt sich. Am 19.10. fand die erste Aktion gegen das unsoziale Sparpaket vor dem JobCenter statt, weitere Aktionen werden folgen.



B. S.

Wirtschaftsnobelpreis für Hartz-IV

Der Preis für Wirtschaftswissenschaften der Schwedischen Reichsbank, gemeinhin als „Wirtschaftsnobelpreis“ bezeichnet - obwohl von Alfred Nobel wohlweislich nicht vorgesehen, wurde dieses Jahr an Peter Diamond (MIT), Dale Mortensen (Northwestern University in Illinois) und Christopher Pissarides (London School of Economics) verliehen. Die „Wirtschaftswoche“ vom 20.10. schreibt dazu: „Mit ihren Arbeiten haben die drei Wissenschaftler die Grundlagen für die Analyse von Suchprozessen auf dem Arbeitsmarkt gelegt. Das von ihnen entwickelte Modell erklärt, warum es zu hoher Arbeitslosigkeit kommen kann, obwohl die Unternehmen dringend Arbeitskräfte suchen“.

Das klingt harmlos, ist aber nichts anderes, als die pseudowissenschaftliche Begründung dafür, dass man Menschen ohne Erwerbsarbeit ganz kurz halten und permanent gängeln soll, damit die Unternehmen möglichst schnell zu den gesuchten (möglichst billigen) Arbeitskräften kommen. Also das, was bei uns mit den Hartz-Gesetzen umgesetzt wurde. Völlig ausser Acht gelassen wurde natürlich, dass die Unternehmen aufgrund von permanenten Produktivitätsfortschritten und Verlagerung an Billiglohnstandorte tatsächlich immer weniger Arbeitskräfte brauchen. Wenn man schon Arbeitsmärkte mit Kartoffelmärkten vergleichen will, sollte man vielleicht auch berücksichtigen, dass irgendwann einfach alle Menschen satt sind und mehr Kartoffeln auch dann keine Käufer fin-

den, wenn sie viel billiger angeboten werden. Auf den Agrarmärkten ist diese Erkenntnis ja auch nicht neu. Alle Jahre wieder werden Milchseen und Butterberge vernichtet, um die Preise stabil zu halten. Nur Arbeit soll eben „billig [werden] wie Dreck“.

Damit fallen die Drei sogar noch hinter die Erkenntnisse des — ebenfalls mit dem „Wirtschaftsnobelpreis“ ausgezeichneten — Ökonomen John Maynard Keynes zurück, der schon vor 80 Jahren erkannte, dass Löhne eben nicht nur Kosten der Unternehmen sind, sondern auch für die Nachfrage unverzichtbar. Denn ohne Nachfrage, können die Unternehmen keine Arbeitsplätze schaffen.

Man sieht: die herrschende Klasse lässt nicht locker, sondern klopft sich gegenseitig kräftig auf die Schulter für ihr Ausbeutungssystem. Wir gratulieren der Schwedischen Reichsbank zu ihrer Erkenntnisresistenz.

R. K.

Gedenkveranstaltung anlässlich der Pogrome vom 9. und 10. 11. 1938

Alljährlich wird in Spandau am Jüdischen Mahnmahl am Lindenufer der Opfer der faschistischen Pogrome am 9. und 10. November 1938 gedacht.

Durch Terror und durch „gesetzliche“ Maßnahmen hatte das Hitlerregime die jüdischen Menschen aus dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben im Deutschen Reich bis zum Jahre 1938 praktisch ausgeschaltet. Die Grundlage dafür bildeten die dafür geschaffenen Nürnberger Rassengesetze vom 15. September 1935. Der Pogrom am 9. und 10. November 1938 stellte den Höhepunkt der schon seit 1933 eingeleiteten Judenverfolgungen dar.



Die, die politischen Widerstand hätten organisieren und leisten können, waren bereits in den ersten Monaten der Hitlerregierung ihrer legalen Betätigung beraubt worden. Die KPD, die SPD sowie die Gewerkschaften waren in der Illegalität. Bemerkenswert bleibt es, dass als einzige Partei die KPD aus der Illegalität heraus im November 1938 mit ihrer Erklärung „Gegen die Schmach der Judenpogrome“ Stellung bezog. Dort heißt es: „Die Kommunistische Partei wendet sich an alle Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Katholiken und Protestanten, an alle anständigen und ehrbewußten Deutschen mit dem Appell: Helft unseren gequälten jüdischen Mitbürgern mit allen Mitteln! Isoliert mit einem Wall der eisigen Verachtung das Pogromgesindel von unserem Volk! Klärt die Rückständigen und Irreführten, besonders die missbrauchten Jugendlichen, die durch die nationalsozialistischen Methoden zur Bestialität erzogen werden sollen, über den wahren Sinn der Judenhetze auf!“

Am Lindenufer hatten sich Vertreter der Bezirksverordnetenversammlung, des Bezirksamtes, Vertreter der Kirchen und Parteien sowie die Vertreter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, versammelt. Stark vertreten waren auch in diesem Jahr wieder Schülerinnen und Schüler aus zwei Spandauer Schulen mit ihren Lehrkräften.

Bezirksbürgermeister Birkholz ging in seiner Ansprache auf die „Integrationsdebatte“ ein und forderte auf, bestehende Probleme ohne Ausgrenzung und Diskriminierung zu lösen. Andererseits gelingt es dem Bezirksbürgermeister immer wieder erfolgreich In seinen Reden zum 9. November 1938, die im Bezirk bestehenden Aktivitäten gegen diese Entwicklungen zu ignorieren und nicht zu würdigen. So wirkt zum Beispiel seit März 2007 der „Runde Tisch“ für Demokratie und Toleranz gegen Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt. Hier haben sich verantwortliche Vertreter von Spandauer Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, Kirchen, Vereinen und weiteren Einrichtungen des öffentlichen Lebens zusammengefunden. Trotz unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Positionen

ist es gelungen, eine gemeinsame Zielstellung zu erarbeiten.

Die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Lala Süßkind wandte sich insbesondere an die anwesenden Schülerinnen und Schüler mitzuhelfen und allen Versuchen entgegenzutreten, die Menschen in unterschiedliche Kategorien einzuteilen, aufzuteilen und auszugrenzen. Die Geschichte hat gezeigt, wohin eine solche Entwicklung führen kann.

Zum Abschluss der Gedenkstunde rief Frau O'Daniel-Elmen von der AG Christen und Juden im Evangelischen Kirchenkreis Spandau auf, sich an den Ehrungen für die ermordeten jüdischen Spandauer durch die Verlegung von „Stolpersteinen“ zu beteiligen. Das gelte auch für den Spandauer Kommunisten Erich Meier, der im März 1933 von der SA ermordet wurde und am 16. Dezember durch einen „Stolperstein“ in der Kurzen Straße 1, geehrt werden soll.

Danach legte die Spandauer LINKE ein Blumengebilde am Mahnmal nieder. Auf der Schleife steht: „Gemeinsam gegen Ausgrenzung und Rassismus“ Der 9. November 1938 ist Mahnung und Lehre für die Gegenwart im Sinne der Grundrechte unserer Verfassung aktiv einzutreten, dass niemand wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen oder seiner sexuellen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden darf!

Rassenhetze und Bekundung nationalen oder religiösen Hasses widersprechen dem Geist der Verfassung und sind unter Strafe zu stellen!

Jörg Kuhle

Der Rassismus des Sarazenen

Der folgende Vergleich zweier Dokumente ist ein Fundstück aus dem Netz:

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=6584#h19>

Geistesverwandtschaft, oder wie sich die Argumentationsmuster gleichen: „Die Deutschen aber schaffen sich allmählich ab“

Thilo Sarrazin 2010:

„Eine Nettoreproduktionsrate (Töchter pro Frau, d. Red.) von 0,7 oder weniger, wie wir sie seit 40 Jahren haben, bedeutet ja nichts anderes, als dass die Generation der Enkel jeweils halb so groß ist wie die der Großväter. Die Geburtenzahl sank in Deutschland von über 1,3 Millionen jährlich in der ersten Hälfte der Sechzigerjahre auf 650 000 im Jahr 2009 ab. Geht das so weiter – und warum sollte sich etwas ändern an diesem Trend, der schon über vier Jahrzehnte anhält –, dann wird in 90 Jahren die Zahl der Geburten in Deutschland bei rund 200 000 bis 250 000 liegen. Höchstens die Hälfte davon werden Nachfahren der 1965 in Deutschland lebenden Bevölkerung sein . . .

Die sozialen Belastungen einer ungesteuerten Migration waren stets tabu, und schon gar nicht durfte man darüber reden, dass Menschen unterschiedlich sind – nämlich intellektuell mehr oder weniger begabt, fauler oder fleißiger, mehr oder weniger moralisch gefestigt – und dass noch so viel Bildung und Chancengleichheit daran nichts ändert. [...] So wurde viel zu lange übersehen, dass die Alterung und Schrumpfung der deutschen Bevölkerung einhergeht mit qualitativen Veränderungen in deren Zusammensetzung. Über die schiere Abnahme der Bevölkerung hinaus gefährdet vor allem die kontinuierliche Zunahme der weniger Stabilen, weniger Intelligenen und weniger Tüchtigen die Zukunft Deutschlands.“

Quelle: Bild-Zeitung vom 23. August 2010

Dr. Wilhelm Frick 1933:

“Während wir um die Jahrhundertwende noch etwa 2 Millionen Geburten im Jahre hatten, sind es heute nur noch rund 975 000.

Von etwa 36 Lebendgeborenen auf Tausend um das Jahr 1900 ist diese Zahl auf etwa 15 im Jahre 1932 abgesunken. Die Zahl der Kinder nimmt also in bedrohlichem Maße ab, das Zweikindersystem der Nachkriegszeit ist überholt, das deutsche Volk ist zum Ein-, ja zum Keinkindsystem übergegangen. [...] Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts ist das deutsche Volk bei seiner heutigen Geburtenziffer nicht mehr imstande, sich aus eigener Kraft zu erhalten, sondern bei 15 Geburten auf Tausend der Bevölkerung fehlten uns schon etwa 30% an Gebärleistungen der deutschen Frauen, um den Volksbestand in der Zukunft zu sichern. Weder Berlin noch die anderen deutschen Großstädte, noch selbst die Mittel- und Kleinstädte sind bei der heutigen Geburtenziffer in der Lage, ihren Bevölkerungsstand zu erhalten. Nur die ländlichen Gemeinden haben noch einen geringen Geburtenüberschuß, der aber nicht mehr ausreicht, um den Verlust in den deutschen Städten zu ersetzen. Wir stehen damit vor einer grundsätz-

lichen Wende der Zeit. Unser Volk geht unweigerlich einer starken Überalterung und Ergreisung entgegen.

Doch, es ist ja nicht nur die Zahl, die zu Bedenken Anlaß gibt, sondern in gleichem Maße die Güte und Beschaffenheit unserer deutschen Bevölkerung. Da wir bisher noch keine erbbiologische Bestandsaufnahme haben, sind wir auf Schätzungen angewiesen.

Während man die Fälle von schweren körperlichen oder geistigen Erbleiden mit 500 000 etwa annehmen kann, sind die Zahlen der leichteren Fälle erheblich höher. Es gibt Autoren, die bereits 20% der deutschen Bevölkerung als erbbiologisch geschädigt ansehen, von denen dann also Nachwuchs nicht mehr erwünscht sei. Es kommt hinzu, daß grade oft schwachsinnige und minderwertige Personen eine überdurchschnittlich große Fortpflanzung aufweisen. Während die gesunde deutsche Familie heute nicht mehr 2 Kinder im Durchschnitt dem Volk zur Verfügung stellt, findet man grade bei Schwachsinnigen und Minderwertigen, so bedauerlich das auch klingen mag, durchschnittlich die doppelte, oft sogar die dreifache Zahl.

Das bedeutet aber, daß die begabtere wertvolle Schicht von Generationen nahezu abnimmt und in wenigen Generationen nahezu vollkommen ausgestorben sein wird, damit aber auch Leistung und deutsche Kultur. . .

Bei der überaus starken Belastung unseres Volkes mit Steuern, Sozialabgaben und Zinsen dürfen wir uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß der Staat an einen Umbau der gesamten Gesetzgebung und eine Verminderung der Lasten für Minderwertige und Asoziale heranzugehen haben wird. Wie sehr die Ausgaben für Minderwertige, Asoziale, Kranke, Schwachsinnige, Geisteskranke, Krüppel und Verbrecher heute das Maß dessen überschreiten, was wir unserer schwer um ihre Existenz ringenden Bevölkerung zumuten dürften, ersehen wir aus den Kosten, die heute vom Reich, von den Ländern und den Kommunen zu ihrer Versorgung aufgebracht werden müssen. Dafür nur einige Beispiele: es kostet der Geisteskranke etwa 4 RM. den Tag, der Verbrecher 3,50 RM., der Krüppel und Taubstummer 5-6 RM. den Tag, während der ungelernete Arbeiter nur etwa 2,50 RM., der Angestellte 3,60 RM., der untere Beamte etwa 4 RM. den Tag zur Verfügung haben. Das sind Folgen einer übertriebenen Fürsorge für das Einzelindividuum, die den Arbeitswillen der Gesunden ertöten und das Volk zu Rentenempfängern erziehen muß. Andererseits belasten sie die wertvollen Familien derart, daß Abtreibung und Geburtenverhütung die Folge davon sind. Was wir bisher ausgebaut haben, ist also eine übertriebene Personenhygiene und Fürsorge für das Einzelindividuum, ohne Rücksicht auf die

Erkenntnisse der Vererbungstheorie, der Lebensauslese und der Rassenhygiene. Diese Art moderner 'Humanität' und sozialer Fürsorge für das kranke, schwache und minderwertige Individuum muß sich für das Volk im großen gesehen als größte Grausamkeit auswirken und schließlich zu seinem Untergang führen. Die Deutschen hätten sich damit quasi abgefunden." **Quelle: Der Reichsminister des Innern, Dr. Wilhelm Frick in seiner Ansprache auf der ersten Sitzung des Sachverständigenbeirates für Bevölkerungs- und Rassenpolitik am 28. Juni 1933 in Berlin (Reichsausschuss für Volksgesundheitsdienst) 1933 (in Nürnberg zum Tode verurteilt und 1946 hingerichtet).**

Quelle: Der Reichsminister des Innern, Dr. Wilhelm Frick in seiner Ansprache auf der ersten Sitzung des Sachverständigenbeirates für Bevölkerungs- und Rassenpolitik am 28. Juni 1933 in Berlin (Reichsausschuss für Volksgesundheitsdienst) 1933 (in Nürnberg zum Tode verurteilt und 1946 hingerichtet).

Termine

So, 5.12. 11:30 Uhr Linksjugend Solid Spandau, Roter Laden, Jüdenstr. 46

Mo, 13.12. 19:00 Uhr Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes Spandau, der Partei DIE LINKE, Roter Laden, Jüdenstr. 46

Mi, 15.12. Weihnachtsfeier der BO „Soziale Gerechtigkeit“ in den Räumlichkeiten der Volkssolidarität, Pillnitzer Weg 21

Do, 16.12. 18:00 Uhr Stolpersteinlegung vor dem Haus Kurze Straße 1 mit nachfolgendem Geburtstagsgeumtrunk

Fr, 17.12. 19:00 Uhr Lesung aus der Broschüre „Erich Meier und seine Zeit“ mit W. Döbbelin, im Seniorenclub am Lindenufer, Mauerstraße 10a

Sa, 18.12. 19:00 Uhr Antifaschistisches Solikonzert mit Punkrock aus Spandau („Carry the Day“, „Ytonx“ u.a.), im Geschwister-Scholl-Haus, Magistratsweg 15

So, 19.12. 11:30 Uhr Linksjugend Solid Spandau, Roter Laden, Jüdenstr. 46

So, 9.1.2011 10:00 Uhr Liebknecht-Luxemburg Demonstration, U-Bhf. Frankfurter Tor (www.ll-demo.de)

Di, 25.1.2011 19:00 Uhr BO „Soziale Gerechtigkeit“ in den Räumlichkeiten der Volkssolidarität, Pillnitzer Weg 21

Di, 22.2.2011 19:00 Uhr BO „Soziale Gerechtigkeit“ in den Räumlichkeiten der Volkssolidarität, Pillnitzer Weg 21

Weihnachts- und Neujahrgrüsse

Der Spandauer Bezirksverband der Partei „Die Linke“ wünscht allen Genossen und Genossinnen, allen Freunden und Mitstreitern, allen Menschen in Spandau, Berlin, Deutschland, Europa und auf der ganzen Welt ein friedliches und erholsames Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein neues und - hoffentlich - besseres Jahr 2011.

Dafür, dass es besser wird, lasst uns gemeinsam kämpfen.



Jetzt Mitglied werden! Mitmachen und einmischen! Für einen gesetzlichen Mindestlohn. Gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr. Für einen wirklichen Klimaschutz. Hotline 030/24009 555 oder im Internet unter mitglied.die-linke.de

Frau <input type="checkbox"/> Herr <input type="checkbox"/> Name, Vorname	
Geburtsdatum	Beruf
Straße, Hausnummer	
PLZ	Ort
Telefon	
E-Mail	
Datum, Unterschrift	

Ausfüllen und per Post oder per Fax an 030/24009 480

oder Roter Laden »Salvador Allende«
 Jüdenstraße 46 in 13597 Berlin (Altstadt Spandau)
 Telefon: 36 43 74 71
 E-mail: bezirk@die-linke-spandau.de